

Wirtschaftspolitik im globalen Kapitalismus

Vor allem in Entwicklungsländern steckt die Linke in einem grundlegenden Dilemma: Einerseits hat der Neoliberalismus versagt, andererseits wird progressive Wirtschaftspolitik sofort von den Finanzmärkten abgestraft. Es gibt Wege, die Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen.

Der Linken gelingt es immer wieder in vielen Ländern des globalen Südens, mit vielfältigen Allianzen Wahlen zu gewinnen. Wenn das Bollwerk der Eliten geknackt ist, ist die Hoffnung jeweils gross. Doch wie setzt man die versprochene Politik um? Ambitionierte wirtschaftspolitische Programme haben allzu häufig ein kurzes Leben. Dies liegt nicht oder nicht nur an fehlendem Willen der jeweiligen Regierung. Das Problem liegt tiefer und führt zur Frage: Wie viele Schritte nach vorne kann eine Regierung wagen, wenn sie auf sich alleine gestellt ist und unter Beobachtung der globalen Finanzmärkte steht? Und wie wirken diese Finanzmärkte genau?

Die Linke hat viele Ideen, mit welchen Strategien Entwicklungsländer die Wirtschaft aufbauen und die Armut bekämpfen können: Es braucht gezielte staatliche Investitionen in prioritäre Sektoren, um Beschäftigung zu generieren, einen politisch gesteuerten Finanzsektor, eine Planung der Kreditvergabe und darauf aufbauend eine schrittweise Verbesserung der Institutionen, der Infrastruktur, des Bildungssystems und so weiter.

Die Fesseln des globalen Kapitalismus

All dies wäre herausfordernd, aber machbar, wenn sich diese Länder in einem isolierten Raum befänden. Dem ist allerdings nicht so; die Entwicklungsländer sind über die Güter- und Finanzströme in den globalen Kapitalismus integriert. Wenn ein Land über längere Zeit mehr Güter importiert als exportiert, baut es Auslandsschulden auf, die irgendwann nicht mehr tragbar sind. Ähnliches geschieht, wenn zum Beispiel Investoren ihr Geld ins Ausland transferieren. Die Zentralbank des Landes muss sich dann in US-Dollar verschulden, um den Verlust an Devisenreserven zu kompensieren.

Damit wird der Handlungsspielraum für jede progressive Bewegung entscheidend eingeschränkt, wie leider allzu viele Beispiele bestätigen. Venezuela ist vielleicht das prominenteste: Solange in den Nullerjahren unter dem sozialistischen Präsidenten Hugo Chavez die Öleinnahmen sprudelten, konnte kaschiert werden, dass ein stetiger Kapitalabfluss stattfand. Die Reichen brachten ihr Geld in Sicherheit, weil sie sich vor Enteignungen und Steuern fürchteten. Als dann nach dem Ölpreissturz die Einnahmen fehlten, brach das

System zusammen. Es folgten Währungsabwertung, Hyperinflation und ein zumindest teilweiser Zusammenbruch der Wirtschaft.

Sobald also eine Regierung an Umverteilung zugunsten der Armen und eine Ausweitung des öffentlichen Sektors nur schon denkt, setzt sich das Kapital in Bewegung. Kapitalflucht beerdigt ehrgeizige wirtschaftspolitische Programme, bevor sie wirklich geboren sind, denn die Furcht vor einem Szenario wie dem venezolanischen ist gross. Ähnliches kann übrigens auch einer konservativen Regierung passieren: Zum Beispiel geht ein Rohstoffboom zu Ende und verursacht Handelsdefizite, oder die Liberalisierung des Handels führt zu steigenden Importen und steigenden Auslandsschulden. Die Währung gerät unter Druck und eine Währungskrise bahnt sich an. Dies erklärt auch den Staatsbankrott, den Argentinien im letzten Jahr erklärt hat. Sambia deklarierte im November 2020 ebenfalls einen Zahlungsausfall, als nach dem jahrelangen Abfluss von Devisen durch die internationalen Konzerne die Coronakrise dem Land den Rest gab.

“ Ambitionierte wirtschaftspolitische Programme haben allzu häufig ein kurzes Leben.

”

Als Alternative sehen viele Länder keine andere Lösung, als die



Staatsausgaben zu kürzen. Und wenn die Krise einmal ausgebrochen ist, begeben sie sich in ein Strukturanpassungsprogramm des Internationalen Währungsfonds (IWF). Dieser hat sich seit den Achtzigerjahren gegenüber den Entwicklungsländern kaum bewegt und verschreibt immer noch mehr oder weniger dieselben neoliberalen Rezepte.

Das Zahlungssystem unter der Lupe

Gibt es eine Lösung? Es lohnt sich, das Geldsystem im internationalen Zusammenhang näher zu betrachten. Global gibt es eine Hierarchie der Währungen. Zuoberst steht der US-Dollar als globale Leitwährung. Eine ähnliche Rolle kommt zumin-

dest regional dem Euro, dem Renminbi oder dem Yen zu. Die meisten Währungen hingegen werden nur in ihrem jeweiligen Ursprungsland verwendet. Das bedeutet für diese Länder, dass für sämtliche internationalen Zahlungen Fremdwährung involviert ist, in den meisten Fällen der US-Dollar. Um für Importe zu bezahlen, muss ein Land daher über seine Zentralbank einen Kredit in Dollar aufnehmen, während Exporte Dollars erwirtschaften, die zu den Devisen des Landes beitragen. Ein Handelsdefizit führt also zu einer Nettoschuld gegenüber dem Ausland.

Nun ist es jedoch so – das kennen wir alle –, dass ein*e Importeur*in nicht in Dollar, sondern in nationaler Währung bezahlt. Das Individuum zahlt in nationaler Währung, das Bankensystem inklusive Zentralbank übernimmt die Abwicklung in Dollar. Es lässt sich zeigen, dass dies nicht die gleiche Zahlung ist, die lediglich über zwei Schritte ausgeführt wird. Tatsächlich sind es zwei Zahlungen, die sich aufaddieren. Wenn ein Land doppelt zahlt, gehen doppelt Ressourcen verloren. Gerechtfertigt ist aber lediglich eine Zahlung, um eine Gegenleistung für die Importe zu erbringen.

Der Reihe nach: Einerseits ist es klar, dass die Zentralbank sich im Ausland verschulden muss, um die Zahlung in Fremdwährung zu tätigen. Was aber geschieht mit der Zahlung in nationaler Währung? Dieses Geld geht schlicht und einfach verloren, es wird aus der Buchhaltung gelöscht. Dies lässt sich wiederum wie folgt

veranschaulichen: Eine Exportfirma erwirtschaftet Dollars, die in die Devisen der Zentralbank eingehen. Gleichzeitig wird der Exportfirma Geld in nationaler Währung in der gleichen Höhe auf dem Konto gutgeschrieben, das für diesen Zweck neu geschaffen wird. Und beim Import geschieht das Umgekehrte: Fremdwährung fließt ab und Geld in nationaler Währung wird vernichtet.


Teufelskreis aus Verschuldung und Kapitalabfluss

Für ein Land mit einem kontinuierlichen Handelsdefizit ist dieser Mechanismus dramatisch. Es häuft Jahr für Jahr Auslandsschulden an und verliert gleichzeitig Geld in eigener Währung. Dieses Geld kann in der nationalen Volkswirtschaft keine Nachfrage ausüben, was die wirtschaftliche Entwicklung bremst und Arbeitslosigkeit verursacht. Deshalb ist die Zahlung für die Importe letztlich doppelt: einerseits in Form einer steigenden Auslandsschuld, für deren Rückzahlung das Land in Zukunft einen Exportüberschuss erwirtschaften muss; andererseits in Form eines Verlusts von aktuellem Output.

Ein Handelsdefizit bringt ein Land und seine Währung aufgrund dieses untauglichen Zahlungssystems immer stärker unter Druck. Derselbe Mechanismus tritt auch im Fall der Kapitalflucht in Kraft. Ein Land muss sich nicht nur extern verschulden, um den Kapitalfluss zu gewährleisten; es verliert auch noch das Geld in eigener Währung.

In einem sinnvollen System wären Defizitländer in der Lage,

wirtschaftliche Ressourcen aufzubauen, um in Zukunft Handelsüberschüsse zu erwirtschaften. Heute existiert ein Teufelskreis, sodass ein Defizit sogar zu einem zusätzlichen Ressourcenverlust führt, die Zukunftsaussichten verschlechtert und so die Landeswährung immer stärker unter Druck setzt, was wiederum die Kapitalflucht beschleunigt.

Die gute Nachricht ist, dass ein Land dieses System aus eigener Kraft korrigieren kann. Auch wenn hier nur ein kleiner Ausblick möglich ist, lässt sich Folgendes sagen: Es gibt eine Reform auf Basis der obigen Analyse, die dieses Problem löst. Grenzübergreifende Zahlungen werden in internationaler Währung getätigt, während die nationale Währung erhalten bleibt. So erhält ein Defizitland sogar die Möglichkeit, Investitionen zu tätigen, welche nicht nur langfristig der wirtschaftlichen Entwicklung dienen, sondern auch die Währung stabilisieren, die Kapitalflucht unschädlich und progressive Politik wieder realistisch machen. 

Oberholzer, B. (2021). *Die globale Armut bekämpfen. Wirtschaftspolitische Strategien für Entwicklungsländer*. Wiesbaden: Springer Gabler.



Basil Oberholzer

Ökonom, Kantonsrat
Grüne St. Gallen

